

DGB Bezirk Nord / SoVD SH / AWO SH

Herstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen

Adressat: Schleswig-Holsteinische Landesregierung

Antrag:

Das 32. Altenparlament möge beschließen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich über entsprechende Bundesratsinitiativen für die umfassende Herstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und die Gewährleistung einer wertschätzenden Rente einzusetzen. Erreicht werden soll das auch durch das Schließen arbeitsmarktregelnder Schlupflöcher, durch die Wirtschaft und Industrie die bislang geltenden Vorschriften zu oft umgehen können.

Begründung:

Vor zwanzig Jahren wurde der Arbeitsmarkt durch die Einführung neuer Instrumente wie Leiharbeit, Werkverträge, Niedriglöhne und die sog. „Hartz 4“-Regularien neu strukturiert.

Was durch die damalige Bundesregierung möglicherweise gut gemeint war, ist inzwischen an vielen Stellen konterkariert worden. So wurde zuletzt – auch infolge der Corona-Pandemie – an zahlreichen Stellen deutlich, wie Menschen unter unwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland leben und arbeiten müssen.

Die Corona-Pandemie hat aber auch dazu beigetragen, dass Arbeitgeber zahlreiche Kündigungen vorangetrieben haben, um später das benötigte Personal zu wesentlich schlechteren Bedingungen wieder einzustellen, und das vor dem Hintergrund milliardenschwerer Hilfsprogramme der Bundesregierung, die letztlich durch die Steuerzahler*innen finanziert werden müssen.

Deshalb ist jetzt entschlossenes Handeln erforderlich. Nur wer unter menschenwürdigen Bedingungen mit einem guten Lohn arbeiten kann, verdient das erforderliche Geld, um im Arbeits- wie im Rentenleben entsprechend zu konsumieren und damit auch Wirtschaft und Industrie weiter anzukurbeln.

Eine menschenwürdige Arbeit, mit einem auskömmlichen Gehalt ohne die Notwendigkeit staatlicher Hilfen, ist Gewähr für ein gedeihliches Miteinander der Generationen, und eben nicht ein Mindestlohn im unteren Bereich, der früher oder später staatlichen Aufstockungen erfordert.

Deshalb müssen die arbeitsmarktregelnden „Schlupflöcher“ gestopft werden, damit der Lebensstandard für alle aktuell und in Zukunft gesichert und verbessert werden kann.